

CVP sabotiert CO₂-Kompromiss

Kommissionsmehrheit des **Ständerats** will CO₂-Abgabe nur, wenn Ölpreis stark sinkt

Die ständerätliche Umweltkommission will im Kampf gegen die Klimaerwärmung keine CO₂-Abgabe einführen, solange der Ölpreis hoch ist.

Sie will aber Gaskraftwerke dazu verpflichten, ihren CO₂-Ausstoss zu kompensieren.

INGRID HESS

Die Umweltkommission des Ständerats (Urek) stimmt der vom Bundesrat vorgeschlagenen CO₂-Abgabe auf Heizöl zu. Doch will sie diese erst ab dem Jahr 2009 einführen und auch nur dann, wenn der Preis für Heizöl davor während sechs Monaten unter 64 Rappen pro Liter Heizöl extraleicht sinkt, sagte Urek-Präsident Carlo Schmid (cvp, AI) am Donnerstag in Bern. Der Preis für einen Liter Heizöl extraleicht liegt derzeit trotz bereits gesunkenen Ölpreisen bei 76 Rappen.

Ausschlaggebend für den mit 7 gegen 5 gefällten Entscheid der Urek-Mehrheit sei die Überlegung

gewesen, dass ein hoher Ölpreis automatisch zu einem geringeren Verbrauch führe, sagte Schmid. Dies mache fiskalische Anreize überflüssig. «Die Preissensibilität in den Haushalten ist hoch und hat bereits zu Verhaltensänderungen geführt.» Sollten die Klimaziele dennoch verfehlt werden, könne im 2010 erneut über eine CO₂-Abgabe diskutiert werden, sagte Schmid.

Der Nationalrat hatte das Preis-Modell im letzten Sommer verworfen, weil er den volatilen Ölpreis als ungeeigneten Massstab erachtete. Er hat sich stattdessen für ein Kompromissmodell entschieden. Es sieht vor, dass eine CO₂-Abgabe dann einzuführen ist, wenn der Heizölverbrauch nicht zurückgeht, wie mit dem CO₂-Gesetz vorgesehen. Zeichnet sich andererseits ab, dass der Treibhausgas-Ausstoss zurückgeht, wird auf die Einführung verzichtet. Die Lösung kam vor allem mit Hilfe der CVP zustande. Sie hatte zunächst das Preis-Modell eingebracht, sich dann aber davon distanziert und schliesslich als einzige bürgerliche

Partei mit der Linken der Kompromisslösung zum Durchbruch verholfen.

Korrigiert der Ständerat?

Im Ständerat scheint die CVP nun wieder umzuschwenken. Nur die zwei CVP-Mitglieder der Urek Hansheiri Inderkum und Rolf Escher haben das Nationalratsmodell verteidigt. Sie bilden mit SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga, Erika Forster (fdp) und This Jenny (svp) eine Minderheit, welche im Ständerat «die Beerdigung der CO₂-Abgabe» verhindern will. Der Preis für Heizöl werde kaum längere Zeit so tief sinken, wie das die Umweltkommission der kleinen Kammer verlange, sagt Sommaruga. Diese CO₂-Abgabe werde nie kommen, ist sie überzeugt.

Die Berner SP-Ständerätin hält das Nationalrats-Modell deshalb für geeigneter, weil es den Preisanreiz besser berücksichtigt: «Führen die hohen Ölpreise zu einem Rückgang der Emissionen, dann wird die Abgabe hinfällig. Beim Preismodell der Urek hingegen wird die CO₂-Abgabe auch dann fällig,

wenn die Klimaziele in Reichweite sind, der Heizölpreis aber tief ist.»

Hindernisse für Gaskraft

Gleichzeitig hat die Urek gestern beschlossen, dem Bau von Gaskraftwerken, welche mehrere Stromkonzerne in den letzten Wochen in Aussicht gestellt hatten, hohe Hürden in den Weg zu legen. Sie fordert gemäss gestrigem Beschluss, die zusätzlichen Emissionen der Gaskraftwerke müssten voll kompensiert werden. Allein das Gaskraftwerk Chavalon im Wallis, das möglicherweise bereits 2010 in Betrieb gehen könnte, werde über 700 000 Tonnen CO₂ verursachen, sagte Schmid. Also ungefähr genauso viel, wie mit der CO₂-Abgabe einzusparen wäre. Der Entscheid wirft insofern Fragen auf, als derzeit nur die CO₂-Abgabe eine Handhabe bietet, die Stromkonzerne zu Kompensationsleistungen zu verknurren. Ohne Einführung der CO₂-Abgabe können Gaskraftwerke damit ungehindert CO₂ freisetzen. Der Ständerat wird sich in der kommenden Wintersession mit der CO₂-Abgabe befassen.